

## **TOP 2**

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes NRW für das  
Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)**

**Rede der Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion  
Hannelore Kraft**

**anlässlich  
der Plenarsitzung am 27. August 2008**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Anrede,

Herr Finanzminister, Sie haben jetzt in vielen Details über den Haushaltsentwurf 2009 geredet. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen interessiert aber vor allem, ob die große Linie der Haushaltspolitik von CDU und FDP stimmt. Wenn man sich daran erinnert, was sie vor und nach der Landtagswahl 2005 versprochen haben, dann sind Sie an ihren eigenen Versprechungen gescheitert.

Halten wir uns an die Zahlen: 2005 lagen die realen Steuereinnahmen des Landes bei 34,7 Mrd. Euro, für 2009 prognostizieren Sie 43,32 Mrd. Euro. Das entspricht einer Steigerung von ziemlich genau 25 Prozent, ein Viertel mehr Steuern als 2005. Herr Finanzminister, in Ihrer Rede heute hätten Sie den Menschen gegenüber Rechenschaft ablegen können. Sie hätten darlegen können, was Sie aus dieser hervorragenden Haushaltslage gemacht haben. Sie hätten sagen können, was aus Ihren Versprechungen zum Schuldenabbau und zur Haushaltskonsolidierung geworden ist.

Ich stelle fest: Sie sind diese Rechenschaft schuldig geblieben - aus gutem Grund. Sonst wäre für alle deutlich geworden, dass Sie mit Ihren Zielen gescheitert sind. Sie sind angetreten mit dem Versprechen, die Verschuldung des Landes abzubauen. Die Realität ist: Trotz 25 Prozent mehr Steuereinnahmen gegenüber 2005 wird die Verschuldung des Landes bis zum Ende des kommenden Jahres auf den Rekordwert von 120,5 Mrd. Euro steigen. Herr Finanzminister, auf Ihr Konto gehen davon 13,7 Mrd. Euro neue Schulden, die das Land seit Juli 2005 gemacht hat.

Anrede,

in 2009 soll das so weitergehen: Trotz kräftig sprudelnder Steuermehreinnahmen – der Finanzminister kalkuliert mit einem Plus von 1,69 Milliarden Euro – soll die Neuverschuldung um 110 Millionen Euro sinken. Das bedeutet, dass Sie nur noch 6,5 Prozent der zusätzlichen Steuereinnahmen in den Abbau der Neuverschuldung stecken. Ich stelle fest: Beim Abbau der Neuverschuldung geht der Regierung die Puste aus!

Darum, Herr Finanzminister, sind Sie an Ihren Ansprüchen gescheitert. Aber nicht nur an Ihren eigenen. Auch an den Ansprüchen der Regierungsfraktion FDP. Aber zur Wahrheit gehört, dass Sie es auch nicht besser können, Herr Papke. Sie sind seit dem schwarz-gelben Regierungsstart Vorsitzender der Regierungsfraktion FDP. Ihre Fraktion hat unter ihrer Führung jeden Haushalt der Landesregierung mitbeschlossen. Sie haben in den letzten Jahren keinen einzigen substantiellen Vorschlag eingebracht, deutlich mehr zu sparen.

Jetzt versuchen Sie, Herr Papke, von ihrer eigenen politischen Mutlosigkeit abzulenken. Sie schlagen sich in die Büsche und erklären offen im Namen ihrer Fraktion, nur der Finanzminister sei politisch gescheitert. Er habe nicht mehr das Vertrauen der FDP. Herr Kollege, gestern haben Sie jetzt angekündigt, dass Sie strukturelle Veränderungen im Haushalt herbeiführen wollen. Auch das blieb sehr unkonkret. In Ihrer Rede gleich können Sie beweisen, dass sie es ernst meinen und uns einen Katalog vorlegen, wie die Neuverschuldung schneller gesenkt werden könnte. Bisher blasen Sie nur die Backen auf ohne zu pfeifen. Wir warten mit Interesse auf ihre Vorschläge.

Anrede,

Herr Kollege Papke sollte dann auch darlegen, wie die ständig sinkende landeseigene Investitionsquote in der mittelfristigen Finanzplanung nach oben gebracht werden kann. Auch hier versagt Schwarz-Gelb: Von 7,1 Prozent im Jahr 2009 soll die Investitionsquote nach Ihren Planungen, Herr Finanzminister, bis 2012 auf 6,4 Prozent sinken. Sie rechnen mit weiter kräftig steigenden Steuereinnahmen, aber davon soll kein Cent mehr in die Investitionen fließen.

Diese Entwicklung ist besorgniserregend, denn ohne Investitionen in die Zukunft ist auch eine langfristige Konsolidierung des Haushalts nicht möglich. Sie müssten umsteuern - von den rein konsumtiven Ausgaben hin zu mehr Investitionen. Doch dazu fehlen Ihnen die politische Kraft und der Mut. Dabei wäre es gerade jetzt nötig, die landeseigenen Investitionen hochzufahren, um die Konjunktur zu stützen.

Anrede,

die Notwendigkeit, etwas für die Konjunktur zu tun, hat auch der Ministerpräsident erkannt. Aber statt im Landeshaushalt umzusteuern, verkündet er ein Anti-Rezessions-Programm, über das der Generalanzeiger in Bonn urteilte: "Aufträge an Steinbrück, Brüssel und die OECD". Sie haben die politische Verantwortung vor allem nach Brüssel und Berlin delegiert. Das ist billig und das ist schädlich zugleich. Denn jeder, der etwas von Wirtschaft versteht, weiß, dass es enorm gefährlich ist, eine wirtschaftliche Krise auch noch offen herbeizureden. Kenner wissen, dass Wirtschaft zu mindestens 50 Prozent aus Psychologie besteht.

Inhaltlich gleicht das angebliche Anti-Rezessionsprogramm des Ministerpräsidenten eher einer Tüte heiße Luft. Herr Ministerpräsident, Ihre Pressekonferenz gab nicht viel Konkretes her. Das zeigte auch das Presseecho. Die Neue Westfälische titelte lapidar:

"Im Westen nichts Neues". Aber Sie haben ja in den letzten Tagen auf vielen Kanälen Ihre Botschaften weiter verbreitet. Ich habe das alles sehr aufmerksam gelesen.

Ich darf aus Ihrem Interview im Morgenecho auf WDR 5 am 18. August einige Sätze zitieren. Zunächst stellen Sie fest: „Wir wissen ja noch nicht, ob es eine Rezession gibt. Ich glaube übrigens nicht daran, dass es eine Rezession gibt.“ Auf die Frage, warum Sie dennoch ein Programm fordern, antworten Sie im weiteren Verlauf: „Es soll verhindern, dass wir in eine Rezession reinrutschen. Das Problem bei diesen Konjunkturabläufen ist, dass es teilweise sich selbst verstärkende Effekte gibt. Meine Aussage, dass ich nicht an eine Rezession glaube, hat damit zu tun, dass die Grunddaten der Wirtschaft sich ja weltweit nicht verändert haben.“

Ja was denn nun? Sie müssen sich schon mal entscheiden, ob Sie unverändert eine gute Wirtschaftslage erwarten oder ob Sie eine Rezession fürchten.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich auch nicht entscheiden können zwischen Rezession und Doch-Nicht-Rezession - die Stimmung könnte nach Ihrem Empfinden jedenfalls besser sein. Deshalb fänden Sie es auch – so wörtlich - „ungeheuer befreiend, wenn man sich jetzt in der Großen Koalition auf ein gemeinsames Paket einigen könnte“. Wie sollte so ein Paket dann aber aussehen? Sie halten – so erfahren wir in dem Interview – selber nichts davon, „ein Geld auszugeben für irgendwelche Sachen“. Darum lehnen Sie auch die Vorschläge des DGB in Nordrhein-Westfalen für ein solches Programm ab.

Stattdessen schlagen Sie drei Punkte vor, mit denen Sie offensichtlich die Stimmung kurzfristig verbessern wollen, damit wir nicht in eine Rezession reinrutschen.

Erstens: eine preisgünstige, sichere, nachhaltige Energieversorgung.

Zweitens: ein nationales Rohstoffkonzept.

Drittens: Bekämpfung des Ingenieurmangels .

Soweit Ihr Programm. Oder, wie Sie es etwas zurückhaltender formulieren: „Das wären so drei konkrete Punkte.“ Allerdings fügen Sie vorsichtshalber gleich hinzu: „Das hat – das weiß ich auch – nicht die Folge, dass innerhalb von drei Tagen die Konjunktur anspringt.“ Für die kurzfristige Wirkung gab es auch noch einen Vorschlag, nämlich die Abzugsfähigkeit von Spesenquittungen zu erleichtern.

Herr Kollege Lindner, Sie haben es auf den Punkt gebracht: Diese Vorschläge des Ministerpräsidenten sind allenfalls „niedlich“.

Herr Ministerpräsident, Sie haben keine einzige landespolitische Initiative von Bedeutung angekündigt. Statt dieses Land zu regieren, flüchten Sie sich in die Bundes-

und Europapolitik. Sie sind in eine Schockstarre verfallen: Vor lauter Angst, vor den anstehenden Wahlen noch mehr falsch zu machen, tun Sie vorsichtshalber gar nichts mehr. Schlimmer noch: Da, wo es lichterloh brennt, wie etwa in der Schulpolitik und bei der WestLB, da schieben Sie die Verantwortung auf andere ab.

Anrede,

der Ministerpräsident sollte eigentlich die Richtlinien der Politik bestimmen. Weil Sie aber keine politischen Impulse geben und keine Richtung vorgibt, geht es in der Koalition und in der Landesregierung drunter und drüber. Kollege Papke schießt aus vollen Rohren gleich gegen zwei Minister und den Ministerpräsidenten. CDU und FDP wollten eine Koalition der Harmonie bilden. Das war Ihre Ankündigung. Was ist von diesem Anspruch noch übrig? Herr Kollege Papke wirft dem Ministerpräsidenten vor, dass er "mit überzogenen kritischen Äußerungen", ja mit "fundamentaler Kapitalismuskritik" das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft schwächt. Herr Kollege Wüst nennt das eine "Lümmelei".

Anrede,

kommen wir zurück zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten. Sie wollen den Ingenieurmangel bekämpfen. Herr Ministerpräsident, der erste Schritt wäre, die eigene Politik zu verändern. Denn Sie produzieren mit Ihrer Politik selber den Fachkräftemangel der Zukunft.

Sie hatten ganz etwas anderes versprochen:

- Sie wollten die Studierendenquote anheben. Stattdessen haben Sie sie mit der Einführung der Studiengebühren drastisch nach unten gedrückt. Damit klar wird, worüber wir hier reden: NRW hat mit 53,4 Prozent die höchste Studienberechtigtenquote. Als einziges Bundesland konnten wir 2006 die Zielvorgabe des Wissenschaftsrates erfüllen, nämlich mehr als 50 Prozent eines Jahrgangs zur Hochschulreife zu bringen. Entscheidend ist aber, wie viele junge Menschen dann tatsächlich ein Studium aufnehmen. Und diese Zahl sinkt, weil Sie Studiengebühren eingeführt haben: Die sogenannte Studienanfängerquote - also die Anzahl der Studienanfänger aus einem Jahrgang - ging in NRW von 2005 auf 2006 von 33,9 auf 31,6 Prozent zurück.
- Sie haben eine Unterrichtsgarantie versprochen. In Wahrheit fallen aber nach Ihren eigenen Angaben jedes Jahr weiterhin 2,7 Millionen Unterrichtsstunden aus. Und dieses Jahr waren es sogar noch eine Million mehr wegen der Kopfnoten. Dazu kommt: Sie zählen die Schulstunden nicht als ausgefallen, in denen EVA,

sogenannter Eigenverantwortlicher Unterricht stattfindet. Das ist aber kein Unterricht, da sollen sich die Schülerinnen und Schüler selbst beschäftigen.

- Schließlich haben Sie individuelle Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler versprochen. Aber statt dafür Ressourcen ins System zu geben, vergeben Sie bloß Preise und Gütesiegel an einzelne Schulen.

Ihr zentrales Versprechen war: Mehr Durchlässigkeit im Schulsystem. Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten nicht für genug soziale Durchlässigkeit gesorgt. Und dann sind Sie hingegangen und haben mit Ihrer Politik zusätzliche neue Hürden aufgebaut. Sie machen die Bildungsgänge enger, statt weiter. Ich nenne die Stichworte:

- Aufhebung der Grundschulbezirke,
- Verbindliche Grundschulempfehlungen,
- Turbo-Abitur nach der Formel '9 plus 3' gleich Abkopplung der Gymnasien,
- Neun Absteiger auf einen Aufsteiger,
- 60.000 Sitzenbleiber pro Jahr.

Im vergangenen Schuljahr galt: Von 233.680 Hauptschülern schafften nur 714 den Wechsel auf die Realschule und nur 560 auf das Gymnasium. (Minus 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Bei Ihnen wird Bildung mehr und mehr zu einem Privileg für Wenige. Das ist sozial ungerecht und es ist zugleich ein Anschlag auf den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Ihr Schulsystem steht für Abstieg statt Aufstieg.

Anrede,

die Menschen im Land haben erkannt, dass diese Landesregierung ein Chaos in den Schulen anrichtet.

Die CDU-Landtagsfraktion hat dankenswerterweise selber eine Umfrage dazu durchgeführt, wie Ihre Schulpolitik bewertet wird. Das Ergebnis ist für Sie niederschmetternd: Zu wenig Lehrer, hoher Stundenausfall, zu große Klassen, zu geringe Chancengleichheit, zu wenig Ganztagschulen, zu viel hektische Reformen.

Anrede,

Frau Ministerin Sommer, Sie haben in dieser Situation am letzten Dienstag einen Entlastungsangriff gestartet. Um von Ihrem Versagen abzulenken, greifen Sie in unqualifizierter Weise die Gesamtschulen an und sprechen von einem Abitur light. Als Begründung verweisen Sie ausgerechnet auf die Ergebnisse des zweiten Zentralabiturs. Dabei beweisen dessen Ergebnisse das Gegenteil. Frau Ministerin, was Sie jetzt

versuchen, ist ein durchsichtiges Manöver. Mehr noch: Ihr Verhalten ist schlicht schäbig. Um sich selbst aus der Ecke zu manövrieren, entfachen Sie einen politischen Streit auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler, der Lehrerinnen und Lehrer und der Eltern an den Gesamtschulen.

Erinnern wir uns: Einer der Gründe für die Einführung des Zentralabiturs war der ständige Streit über die Qualität des Abiturs an den Gesamtschulen. Sie haben dessen Qualität immer bestritten. Jetzt liegt zum zweiten Mal ein klares Ergebnis vor: Gerade einmal 0,28 Notenpunkte fällt das Abitur an Gesamtschulen schlechter aus als an den Gymnasien. Wenn man bedenkt, welche unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Ausgangsvoraussetzungen die Schülerinnen und Schüler jeweils haben, dann ist dieser Unterschied überraschend gering. Ich halte fest: Das Zentralabitur hat eindrucksvoll bestätigt, dass die Einführung der Gesamtschule ein richtiger Schritt war, um allen Kindern – unabhängig von ihrer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern – den Weg zum Abitur offen zu halten.

Sie machen allerdings den Gesamtschulen jetzt das Leben zusätzlich schwer:

- Sie haben den verpflichtenden Ganztagsunterricht an den Gesamtschulen im Schulgesetz gestrichen,
- Sie haben die Entlastungen für die Schulleiter empfindlich gekürzt
- und Sie verhindern Neugründungen von Gesamtschulen entgegen dem Elternwillen.

Diese Methode ist geradezu abenteuerlich: Sie selbst verschlechtern die Situation an den Gesamtschulen, und dann kritisieren Sie die Qualität und fordern die Schulen auf, eigene Förderprogramme aufzulegen. Ihre Äußerungen stehen in eklatantem Widerspruch zu Ihrem eigenen vorherigen Tun.

Anrede,

dieser Weg der Regierung führt zurück in die alten Schützengräben. Herr Ministerpräsident, sollte der Glaubenskrieg gegen die Gesamtschulen nicht beendet werden? Jetzt beginnt Ihre Schulministerin wieder damit. Dabei ist es doch höchste Zeit, nach vorne zu blicken und für die Zukunft neue Chancen zu eröffnen.

Das Gebot der Stunde lautet: Unsere Kinder müssen länger gemeinsam lernen. Die aktuelle Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung beweist, dass die Menschen im Land das genauso sehen. Nicht einmal mehr ein Drittel, nur noch 28 Prozent, will noch die Aufteilung nach der 4. Klasse. Aber 68 Prozent fordern längeres gemeinsames

Lernen bis zur 6. Klasse oder sogar darüber hinaus. Das sind eindrucksvolle Zahlen, die unseren Kurs und unser Programm für Beste Bildung für Alle stützen.

Herr Ministerpräsident, Sie stehen mit Ihrem Bekenntnis zum dreigliedrigen Schulsystem längst auf verlorenem Posten. Die gesellschaftliche Diskussion ist über Sie hinweggegangen. Die CDU und Teile der FDP argumentieren immer, man solle lieber die inhaltliche Reform der Schulen vorantreiben statt der organisatorischen. Das ist aber kein Widerspruch, beides bedingt einander. Das hat jetzt wieder Präses Buß bei der Tagung der evangelischen Kirche in Westfalen dem Kollegen Stahl ins Stammbuch geschrieben. Er sagte, es sei die Organisation, die inhaltliche Lösungen verhindere. Recht hat er!

Anrede,

schlecht für den Bildungsstandort NRW sind auch die immer weiter steigenden Elternbeiträge in den Kindertagesstätten. Verlässliche Betreuung, individuelle Förderung und frühkindliche Bildung sind unverzichtbar für die berufstätigen Eltern und für ein erfolgreiches Bildungssystem. Darüber sind wir uns alle einig und darum gibt es gewaltige Anstrengungen im Bund, im Land, in den Kommunen und bei den Trägern. Das ist gut. Aber: Regierung und Koalition gefährden den Erfolg dieser Bemühungen, indem sie Kommunen und Eltern immer weiter mit steigenden Elternbeiträgen belasten.

Sie haben den Grundsatz aufgegeben, dass annähernd gleiche Lebensverhältnisse im Land bestehen sollen. Sie haben den Defizitausgleich abgeschafft, mit dem fehlende Elternbeiträge vom Land übernommen wurden. Jetzt müssen entweder die Kommunen oder die Eltern dafür zahlen. Die Folge sind steigende Beiträge gerade in den finanzschwachen Kommunen. Die Schere zwischen den einzelnen Kommunen im Land geht immer weiter auf. Reiche Kommunen locken mit kostenlosen Kitas, finanzschwache Kommunen erhöhen die Beiträge. Das zeigte nicht zuletzt der Kindergarten-Monitor des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom Februar 2008: Danach bezahlte ein Familie mit geringem Einkommen und zwei Kindern in Düsseldorf bisher 240 Euro monatlich. Im kommenden Jahr sollen die Elternbeiträge in Düsseldorf ganz entfallen. In Duisburg müsste dieselbe Familie 450 Euro bezahlen. Und in Gelsenkirchen sogar 600 Euro. Die Folge wird sein: Eltern melden ihre Kinder aus finanziellen Gründen dort wieder ab beziehungsweise erst später an. Dabei wäre eine frühe Betreuung und Bildung gerade in den betroffenen Familien so unendlich wichtig. Diese Politik wird auf Sicht zu größeren sozialen Verwerfungen führen.

Dazu kommt: Das ‚Kibiz‘ verursacht deutlich steigende Ausgaben bei den Kommunen. Schauen Sie sich die aktuellen Zahlen an, die die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik auf ihrer Pressekonferenz zu den Kommunal финанzen vorgelegt hat: Auf die Stadt Hagen etwa kommen mit dem Kibiz 1,8 Millionen Euro Mehrbelastung pro Jahr zu, beim Kreis Gütersloh werden es 1,2 Millionen sein. Oberhausen rechnet mit Mehrkosten von rund einer Million Euro, die Stadt Bergkamen mit 880.000 Euro – das entspricht einer Steigerung von sage und schreibe 12,6 Prozent. Diese Kostensteigerungen entstehen unweigerlich. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, wie damit umgegangen werden kann: Entweder müssen sie allein von den Kommunen gestemmt werden oder – wo das nicht geht oder von der Kommunalaufsicht nicht zugelassen wird – sie werden zu weiter steigenden Elternbeiträgen führen. Die Folge wird sein, dass die Höhe der Beiträge von Kommune zu Kommune noch unterschiedlicher wird.

Anrede,

bleiben wir beim Stichwort ‚Kommunale Finanzen‘: Die Kommunen gehören weiterhin zu den großen Verlierern Ihrer Politik. Das Verfassungsgericht in Münster hat Ihnen bescheinigt, dass Sie die Kommunen weit über Gebühr an den Kosten für den Solidarpakt Ost beteiligt haben. Aber statt die fälligen Rückzahlungen zügig vorzunehmen, schachern Sie um jeden Euro und versuchen sich vor der Rückzahlung zu drücken. Das beweist erneut: Sie machen eine kommunalfeindliche Politik.

Ich erinnere daran, dass die Kommunen von fast allen Kürzungen im Landeshaushalt in den letzten Jahren direkt oder indirekt betroffen waren. Sie haben auf Kosten der Kommunen gespart und tun das auch weiterhin. Beim Verfassungsgericht in Münster laufen deshalb inzwischen drei Klagen der Kommunen gegen Sie. Zwei Klagen rügen eine Verletzung der Konnexität bei der Kommunalisierung der Umweltverwaltung und der Auflösung der Versorgungsämter. Die Konnexität steht in der Landesverfassung. Einfach ausgedrückt bedeutet dies Prinzip: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Dem haben Sie damals doch auch zugestimmt. Heute verstoßen Sie dagegen: Sie wollen sich vor dem Bezahlen drücken, die Kosten für Ihre Politik sollen wieder einmal die Kommunen tragen.

Schlimmer noch: Sie ziehen die Kommunen bei der Verteilung der kräftig gestiegenen Steuereinnahmen buchstäblich über den Tisch. 2005 flossen noch 20 Prozent der Landessteuereinnahmen in das GFG. In 2006 haben Sie das auf 17,1 Prozent runter gefahren. Die 20 Prozent haben Sie in keinem Haushalt wieder erreicht. Dabei geht es um eine Menge Geld. Wenn die Kommunen jedes Jahr weiterhin 20 Prozent der Landessteuereinnahmen erhalten hätten, dann hätten sie bis heute 1,7 Mrd. Euro mehr vom Land erhalten.

Anrede,

Ihr nächster Schlag gegen die Kommunen und die kommunalen Finanzen ist bereits fest geplant: Sie öffnen mit der Novelle zum Sparkassengesetz den Weg zur Privatisierung der Sparkassen. Die darin vorgesehene Bildung von Trägerkapital leistet der Privatisierung Vorschub. Wir haben 110 Sparkassen mit 63.000 Arbeitsplätzen und 3.500 Ausbildungsplätzen im Land. Sie sind unverzichtbar als regionale Mittelstandsbanken und als Geldinstitut für das Handwerk. Genauso wenig können die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger auf die Förderung und das Engagement der Sparkassen im sozialen, kulturellen, sportlichen und ehrenamtlichen Bereich verzichten. Rund 155 Millionen jährlich stecken sie in das Sponsoring für Kulturveranstaltungen und die kleinen Sportvereine vor Ort.

All das gefährden Sie mit der Novelle zum Sparkassengesetz. Das sehen wir nicht alleine so. In der gesamten Sparkassenlandschaft in NRW herrscht helle Aufregung. Ich nenne nur einige Beispiele:

- Der westfälische Sparkassenpräsident ruft zur Teilnahme an einer Informationsveranstaltung meiner Fraktion am nächsten Dienstag in Münster auf. Vorstände, Gremienvertreter und Mitarbeiter will er dorthin mobilisieren.
- Der Rat der Stadt Mönchengladbach hat mit den Stimmen unserer beiden Landtagskollegen Norbert Post und Michael Schroeren von der CDU einstimmig beschlossen, den Gesetzentwurf der Landesregierung für das Sparkassengesetz abzulehnen.
- Der Verwaltungsrat der Sparkasse Aachen hat gefordert, die Beratung des Sparkassengesetzes zu verschieben. Der Vorstandsvorsitzende des Instituts hat erklärt, die Sparkassen fühlten sich von Ihnen, Herr Ministerpräsident, im Stich gelassen.
- Und Sie, Herr Finanzminister, wissen es doch auch aus dem Wahlkreis: Die Sparkassen im Kreis Kleve, vor Ihrer Haustür, lehnen das Gesetz ab, weil es die Gefahr der Privatisierung beinhaltet.

Anrede,

ich habe schon am Samstag bei der Feierstunde zu Ehren von Johannes Rau darauf aufmerksam gemacht, dass eine Politik der Privatisierung kommunaler Einrichtungen, auch der Sparkassen, ein Bruch mit den sozialen Traditionen unseres Landes wäre. Ich zitiere aus der Rede von Johannes Rau auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages im Mai 2003 : "Die kommunale Daseinsvorsorge ist nicht ohne Grund entstanden. Sie sollte dem Gemeinwohl der örtlichen Gemeinschaft dienen und hat

dabei eindrucksvolle Erfolge erzielt. Die Kommunen versorgten ihre Einwohner mit Wasser, Strom und Gas; sie sorgten für Kanalisation und Abfallbeseitigung; sie organisierten den öffentlichen Personennahverkehr und sie gründeten Sparkassen für ihre Bürger. ... Ich denke, wir sollten diese Daseinsvorsorge erhalten. Wo allein die herrschen, die von der Rationalität des Marktes und der Logik des wirtschaftlichen Vorteils ausgehen, da gibt es eigentlich keine Bürger mehr, sondern nur noch Kunden und Kosten. Gute Kunden hält man, die schlechten klemmt man ab, und die Kosten kürzt man."

Anrede,

das war richtig und das bleibt richtig.

Herr Finanzminister, eng verbunden mit dem Thema Sparkassengesetz ist die Zukunft der WestLB. Mit der Sparkassennovelle wird durch die Landesregierung eine Lösung für die WestLB erschwert, wenn nicht sogar verhindert. Haben Sie aus den vorherigen Fehlschlägen denn immer noch nichts gelernt? Erinnern wir uns:

- Der Ministerpräsident hat im Sommer 2007 die von den Sparkassenverbänden vorbereitete Fusion mit der LBBW gestoppt und die WestLB zur Chefsache erklärt. Sein Alternativplan, mit der SachsenLB zusammenzugehen, musste umgehend verworfen werden.
- Im Dezember 2007 wurde der 10-Punkte-Plan vorgelegt. Darin waren eine Übernahme der IKB und eine Fusion mit der Helaba vorgesehen. Aus beiden Plänen ist bekanntlich nichts geworden - es waren von Beginn an bloße Luftbuchungen.
- Seitdem haben wir in rascher Folge weitere Vorschläge gehört - die alle wieder verworfen worden sind. Die Landesregierung hat an so gut wie jede Tür geklopft - und hat sich bei allen denkbaren Käufern oder Partnern eine Absage eingehandelt.

Herr Ministerpräsident, heute ist nichts mehr von Ihnen zu hören. Sie reagieren sehr schmallippig auf Fragen von Journalisten nach der Zukunft der WestLB. Angeblich warten Sie darauf, dass die Sparkassenverbände einen Vorschlag machen. An dieser Stelle wäre Aktivität angesagt, hier könnten Sie Führung zeigen.

In diesem Zusammenhang finde ich das sehr interessant, was wir gestern lesen durften. Ich zitiere aus dem Bonner General-Anzeiger: "Aus vertraulichen Unterlagen der Bank" - gemeint ist hier die WestLB - "geht hervor, dass die Bank zwei Drittel der Schrottanleihen erst nach dem Regierungswechsel angehäuft hat und zwischenzeitlich fast 30 Milliarden in ihren Depots führte." Herr Ministerpräsident, ich erinnere mich, dass Sie das am 23. Januar hier im Plenum ganz anders dargestellt haben. Sie haben

wörtlich erklärt: "Meine Damen und Herren, wir versuchen hier jetzt, etwas aufzuräumen, was in der großen Mehrheit und im großen Umfang während Ihrer Regierungszeit geschehen ist. ... Vor 2006 wurden die meisten Risiken, über die wir heute reden, eingegangen. Wir räumen jetzt das auf, was damals nicht verhindert bzw. was zugelassen worden ist. Das ist der eigentliche Sachverhalt, der im Moment auf der Tagesordnung steht." Sie wollten damit den falschen Eindruck erwecken, dass die Verantwortung für die Schieflage der Bank bei der früheren Landesregierung läge. Wir haben dem jederzeit widersprochen. Offensichtlich hatten wir recht. Herr Ministerpräsident, die Wahrheit kommt am Ende doch immer ans Licht. Deshalb empfehle ich dringend einen Fakten-Check!

Anrede,

der Faktencheck Klima- und Energiepolitik zeigt: Sie halten nicht, was Sie versprechen. Was Sie als Klimakonzept, ja sogar als „Handlungsoffensive Klimaschutz“, vorgelegt haben, das verdient diesen Namen wahrlich nicht. Es enthält lediglich allgemeine Ziele für den Klimaschutz. Ihre Reduktionsziele für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß sind allesamt ungedeckte Schecks. Sie rechnen völlig unseriös mit Kraftwerksstilllegungen, die von den beteiligten Unternehmen nicht geplant sind. Sie rechnen mit Neubauten in Krefeld und Niederaußem, die von der CDU vor Ort sogar aktiv bekämpft werden.

Irgendwelche konkreten Handlungsvorschläge für die Landespolitik sind nicht zu finden. Sie haben ein Klimaschutzkonzept ohne Klimaschutz vorgelegt. Da hilft Symbolpolitik auch nicht, die den Steuerzahler eine Klimaschutzabgabe für die Dienstwagen der Landesregierung zahlen lässt.

Ganz praktisch schaden Sie sogar mit Ihrer Klimaschutzpolitik dem Land gleich doppelt:

Mit dem Feldzug der schwarz-gelben NRW-Landesregierung gegen erneuerbare Energien, insbesondere die Windenergie, wird einerseits verhindert, dass diese einen größeren Beitrag zum Klimaschutz in NRW leisten. Andererseits werden Investoren aus NRW fern gehalten. Ergebnis ist, dass die Anlagen und die Arbeitsplätze bevorzugt in Norddeutschland (Windindustrie) und Ostdeutschland (Solarindustrie) entstehen.

Anrede,

Energiepolitik und Klimapolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. In der Energiepolitik sieht es nicht besser aus als beim Klimaschutz: Ihnen fällt dazu nichts anderes ein, als gebetsmühlenhaft die Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke zu fordern.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben jetzt noch eins draufgesetzt: Sie fordern bei der Nutzung der Atomenergie eine Übergangslösung, um die Frage der Atommüll-Lagerung zu klären. Zunächst einmal der Hinweis: Wir befinden uns mitten in einer Übergangslösung. Die ist im Atomgesetz seit 2002 geregelt und bestimmt genau, wie viel Atomstrom in Deutschland noch produziert werden darf. Und dann zu Ihrer Begründung: Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass Energiewirtschaft, Wissenschaft und Politik seit 1973, also seit mehr als 35 Jahren, vergeblich nach einer Lösung der Atommüllfrage suchen? Und wieso kann eine Übergangslösung jetzt dabei helfen? Sie wollen doch die Laufzeiten verlängern, es soll also länger und mehr Atommüll produziert werden. Was machen wir damit, wenn die Suche nach einem Endlager weiter ergebnislos bleibt?

Anrede,

Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nummer 1. Und wir sind dies, weil wir auf unsere heimischen Energien setzen. Daran hängen zehntausende Jobs – in den Kraftwerken, bei den Anlagenbauern, in unseren Bergwerken, in der energieintensiven Industrie. Energie muss hier bei uns produziert werden – sicher, kostengünstig und umweltverträglich. Wir setzen dabei auf heimische Energieträger – Kohle und erneuerbare Energie, und zugleich auf Einsparung und Effizienzsteigerung.

Wir brauchen weitere Anstrengungen, um innovative Technologien zu entwickeln, die langfristig die Energieversorgung sichern und den Klimaschutz gewährleisten. Da liegt auch eine große wirtschaftliche Chance für den Standort Nordrhein-Westfalen. Sie wollen stattdessen die abgeschriebenen und technologisch veralteten Atomkraftwerke in den anderen Ländern immer weiter laufen lassen. Sie verhindern damit die Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms im eigenen Land!

Zentrales Thema ist dabei auch der Emissionshandel. Hier findet die NRW-Landesregierung in den entscheidenden Debatten auf Bundesebene nicht statt. Die Fraktionen von CDU und SPD in Berlin haben sich aus guten Gründen für eine Vollversteigerung in der Energiewirtschaft ausgesprochen. Dadurch ergäbe sich ein Gesamtvolumen von rund zehn Milliarden Euro an Mehreinnahmen des Staates pro Jahr. Das Geld, was in Deutschland anfällt, muss auch in Deutschland eingesetzt werden. Das ist eine Forderung des Bundestages.

NRW emittiert 44 Prozent des deutschen CO<sub>2</sub>. Wir sagen klar: ein entsprechender Anteil aus dem Zertifikats-Verkauf muss nach NRW fließen. Das hieße 4 bis 5 Milliarden Euro

pro Jahr für NRW. Dieses Geld wollen wir in einen nachhaltigen Umbau der Energieversorgung investieren:

- Neue, hocheffiziente Kraftwerke sollen alte Anlagen ersetzen und CO<sub>2</sub> und Rohstoffe einsparen,
- Höherer Einsatz von Kraft-Wärmekopplung soll uns unabhängiger machen von Energieimporten.

Unser oberstes Ziel muss sein, den Energieverbrauch zu senken. Deshalb wollen wir mit Zuschüsse für einen neuen Kühlschrank, eine effizientere Waschmaschine etc. den Menschen helfen, mit langfristig hohen Energiepreisen klar zu kommen. Wir wissen, dass steigende Energiepreise zunehmend nicht nur Haushalte mit geringem Einkommen, sondern auch Haushalte von Normalverdienern betreffen. Energiepolitik ist immer auch ganz praktische Sozialpolitik.

Welche Reaktionsmöglichkeiten der Verbraucher CDU und FDP hierbei sehen, können wir im Abschlussbericht der Energie-Enquete nachlesen: "Kurzfristig können Mieter hierauf mit einem Absenken der Raumtemperaturen reagieren, mit Verzicht auf die volle Beheizung einzelner Räume etc."

Ich habe schon Thilo Sarrazin aus Berlin gesagt, und ich sage es Ihnen genauso:

So können Sie mit den realen Ängsten der Menschen und mit handfesten sozialen Problemen nicht umgehen! Wir dürfen nicht zulassen, dass die Gesellschaft in zwei Gruppen zerfällt: Ein Teil kann sich eine warme Wohnung noch leisten, ein anderer Teil muss in der Wohnung frieren oder kann das Kinderzimmer nicht mehr heizen.

Anrede,

Faktencheck Landesverwaltung: Angekündigt war die große Verwaltungsstrukturreform. Die hat Herr Kollege Papke im März 2008 höchstpersönlich abgesagt. Gestern sprach er in seiner Pressekonferenz von der Notwendigkeit struktureller Maßnahmen, radikaler Neuzuschnitte ohne Tabus. Herr Papke, ist die Verwaltungsstrukturreform jetzt doch wieder auf der Tagesordnung? Herr Ministerpräsident, stehen die Bezirksregierungen damit jetzt wieder zur Disposition?

Die Landesregierung, aber auch der Landtag, tragen Verantwortung für eine große Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, nicht nur in den Bezirksregierungen. Herr Ministerpräsident, ein fairer Umgang mit den eigenen Mitarbeitern ist bekanntlich nicht die Stärke Ihrer Landesregierung. Sie haben als Oppositionsführer und als

Spitzenkandidat im Wahlkampf den Beamten und Angestellten der Landesverwaltung das Blaue vom Himmel versprochen. Lauter populistische Versprechen. Die haben der Finanzminister und der Innenminister anschließend wieder eingesammelt.

Versprochen – Gebrochen lautet auch hier das Motto Ihrer Politik. Worte und Taten stimmen bei Ihnen nicht überein.

Ein Beispiel: Öffentlich lehnen Sie das so genannte Outsourcing von einzelnen Dienstleistungen aus den Unternehmen ab - weil dadurch die Löhne sinken und die Arbeitsplatzsicherheit verloren geht. Beim Start Ihrer Fahrradtour haben Sie von Outsourcing als 'modischem Schnick-Schnack' gesprochen. Sie haben gesagt, der klassische Mittelstand habe sich zum Glück nicht daran beteiligt, 'weil er wusste, dass das dummes Zeug war'. Wie wahr, Herr Ministerpräsident.

Ihr eigener Personalrat in der Staatskanzlei, Herr Ministerpräsident, hat allerdings jetzt darauf hingewiesen, dass genau dieses 'dumme Zeug' unter Ihrer persönlichen Verantwortung in der Staatskanzlei gemacht wird: Sie lagern Dienstleistungen aus. Ihr Personalrat klagt bei Ihnen ein, dass Sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht 'gerecht und würdevoll' behandeln. Wir stellen fest: Das soziale Mäntelchen ist nur Zierrat. Ihre reale Politik ist weder sozial noch arbeitnehmerfreundlich.

Stichwort soziales Mäntelchen: Sie haben die Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst geschleift. Die Folgen sind überall zu sehen: Personalräte beklagen fehlende Informationen, fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten. Die Stimmung in den Belegschaften wird schlechter, darunter leiden die notwendigen Reformprozesse. Sie haben ein bewährtes Instrument aufgegeben, ohne etwas Vergleichbares an die Stelle zu setzen – aus alten Oppositionsreflexen heraus. Der Schaden ist beträchtlich, das lässt Sie aber ganz offensichtlich ungerührt.

Auch hier gilt: Sie sagen das eine, Sie tun das andere. Sonntags reden Sie mitfühlend über die Empfänger von Hartz IV. In der Woche entziehen Sie den Arbeitslosen die Hilfe durch die unabhängige Beratung in den Arbeitslosenzentren. Wie leiten Sie eine solche Politik aus der christlichen Soziallehre ab?

Anrede,

das Problem der Regierung Rüttgers ist: Sie haben keinen Plan, keine Vision für dieses Land. Sie haben keine Idee, wie Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 aussehen soll. Nach 39 Jahren Opposition haben Sie bei der Übernahme der Regierung ein Programm vorgelegt, das sich darin erschöpfte, alles anders machen zu wollen als vorher Rot-Grün. Diese Anti-Haltung war Ihre gemeinsame Plattform. In der Regierung

angekommen mussten Sie sich der Wirklichkeit stellen. Da ist dann schnell klar geworden, dass dagegen zu sein allein nicht reicht. Heute haben Sie stillschweigend viele Ideen und Programme aus unserer Regierungszeit übernommen. Ansonsten verstricken Sie sich im „Klein-Klein“ des Regierungsalltags. Ideen und Perspektiven fehlen. Ihr Programm ist jetzt das „Weiter-so“. Von einer ‚Koalition der Erneuerung‘ haben Sie anfangs gesprochen. Jetzt verkünden Sie die Politik des Stillstands.

Anrede,

wir beraten heute in erster Lesung den Haushalt 2009. Dieser Haushalt liegt in der Tradition seiner Vorgänger: Anders als Sie behaupten, Herr Finanzminister, setzen Sie weder jetzt noch in weiterer Zukunft einen wirklichen politischen Schwerpunkt bei Kindern, Bildung und Innovation.

Auch hier lohnt ein Faktencheck:

Kinderbetreuung: Gern lassen Sie sich für den Ausbau der U3-Betreuung feiern. Doch machen Sie sich mal ehrlich: Erstens haben Sie die Mittel für Investitionen von 9,3 auf 8,1 Millionen Euro abgesenkt. Und zweitens haben Sie in erster Linie Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zu danken. Denn aus Berlin fließen 2009 mehr als 82 Millionen Euro für Investitionen im U3-Ausbau. Und Sie unterschlagen auch: Im Kindergartenjahr 2009/2010 rechnen Sie zwar mit einer Steigerung um 11.000 U3-Plätze. Aber demgegenüber steht ein Rückgang der Ü3-Plätze um fast 36.000.

Bildung: Im Schulbereich lohnt ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung, wenn man wissen will, was sie noch weiter vorhaben. Beim Ministerium für Schule und Weiterbildung, Einzelplan 05, sind für 2009 Ausgaben in Höhe von 13,366 Milliarden Euro veranschlagt. Im Jahr 2012 sollen es 14,363 Milliarden Euro sein. Daraus ergibt sich ein Zuwachs von 997 Millionen Euro. Das liest sich auf den ersten Blick ja noch ganz gut. Doch wir beide wissen sehr genau, Herr Ministerpräsident, dass davon rund 650 Millionen für Versorgungs- und Pensionsausgaben verwendet werden. Wir sehen also: Für eine Schwerpunktsetzung, die sich qualitativ für unsere 6.244 Schulen und ihre Lehrer und Kinder auswirkt, bleibt faktisch kaum etwas übrig.

Innovationen: Hier wird nun aus dem angeblich ehrlichen Kaufmann der Zahlentricksler. In der mittelfristigen Finanzplanung wächst der Etat von Minister Pinkwart bescheiden um 138 Millionen Euro von 2009 bis 2012. Doch in ihrer Presseerklärung vom 25. August wollen Sie, Herr Minister, der Öffentlichkeit weißmachen: "Insgesamt steigt der Etat des Wissenschaftsministers im Finanzplanungszeitraum 2009 bis 2012 um insgesamt mehr als 1,3 Milliarden Euro."

Das nenne ich kreative Buchführung, Herr Minister. Haben Sie da unter anderem die Einnahmen aus den Studiengebühren reingerechnet oder ist der Lotto-Gewinn schon fest eingeplant?

Wir halten also abschließend fest:

- Sie sparen nicht,
- Sie investieren zu wenig,
- Sie bluten die Kommunen aus,
- Sie setzen nicht wirklich einen Schwerpunkt bei Kindern, Bildung und Innovation.

Sie sind nicht ehrlich zu den Menschen in Nordrhein-Westfalen. Dieser Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung sind ihr Offenbarungseid, Herr Ministerpräsident!